

Kinderpornografie und Internet-Zensur

Hintergründe, Zusammenhänge, Denkanstöße

Christian Wöhrl, April 2009¹

Alle verwendeten Weblinks finden Sie auf Seite 4 auch im Volltext.

Auf den ersten Blick wirkt es wie eine ehrenwerte Aufgabe, der sich Ursula von der Leyen verschrieben hat. An allen Fronten kämpft die Bundesfamilienministerin gegen die Darstellung sexueller Gewalthandlungen an Minderjährigen und gegen deren Vertrieb im Internet. Doch nähere Betrachtung ihrer Argumente und Handlungsansätze zeigt, dass ihr eigentliches Ziel keineswegs die Bekämpfung der so genannten Kinderpornografie ist, ja nicht sein kann.

Worum aber geht es wirklich? Hier mein Versuch einer kurzen Zusammenfassung der geplanten „Anti-Kinderporno“-Maßnahmen sowie einer auch für technische Laien verständlichen Erklärung:

Die Familienministerin und ihre Mitstreiter legen ihrem Handeln die Annahme zugrunde, der „WWW“ genannte Teilbereich des Internets (also all das, was mit einem Browser wie Internet Explorer oder Firefox zugänglich ist) sei ein wesentlicher Distributionskanal für frei zugängliche oder auch kommerzielle Kinderpornografie. Viel [spricht dafür](#), dass dies nicht so ist, dass also Kinderpornografie nahezu ausschließlich außerhalb des WWW verbreitet wird und auch das nicht im großen Stil gewerbsmäßig. Dennoch soll speziell für das WWW, zunächst nur bei großen Internet-Zugangsanbietern, später bundesweit verbindlich, das Instrumentarium der „Stoppseite“ eingeführt werden, um nach den Vorstellungen von Frau von der Leyen die Verfügbarkeit kinderpornografischer „Einstiegsdrogen“ zu erschweren. Die entsprechenden Verträge mit einigen der größten Provider sind bereits unterschrieben. Eine Liste der kooperierenden Anbieter gibt es [hier](#).

Wie funktioniert die Stoppseite?

Wenn man im Browser wie gewohnt eine Internet-Adresse im Klartext aufruft, wird die Anfrage zunächst an einen DNS-Server geschickt, der den Klarnamen (z.B. <http://cwoehrl.de>) in die zugehörige IP-Adresse (z.B. 80.67.17.71) auflöst und die Anfrage dorthin weiterleitet. Jeder Internet-Anbieter hat seinen eigenen DNS-Server, und dadurch ist es ihm möglich, die Weiterleitung zu bestimmten IP-Adressen oder -Bereichen (z.B. alles mit 123.456.xxx.xxx) zu blockieren oder auf andere Seiten umzuleiten. Genau das passiert hier: In den DNS-Servern der beteiligten Provider werden Listen hinterlegt, die regeln, welche IP-Anfragen auf eine Stoppseite umgeleitet werden.

Und jetzt wird's spannend: *Diese Listen sind geheim*. Sie werden beim Bundeskriminalamt erstellt und aktualisiert, vertraulich an die Provider weitergegeben, und diese haben sie umgehend und ungeprüft in ihre Server einzupflegen. *Wer sich darüber informieren möchte, was auf diesen Listen steht, der macht sich bereits strafbar*. Nochmals: Wir reden vom BKA – dieselbe Behörde, die gerade im Rahmen eines höchst umstrittenen Gesetzes mit weit reichenden Geheimdienstbefugnissen ausgestattet wurde, soll hier Ermittler, Ankläger und Richter in Personalunion sein, und

¹ Ein Nachwort mit einigen Aktualisierungen finden Sie auf Seite 5.

demokratietytische Kontrollmechanismen sind nicht vorgesehen. Allein: „Das grenzenlose Vertrauen ins BKA widerspricht dem Menschenverstand“, wie ZEIT-Verleger Michael Naumann in der [Begründung](#) seiner Verfassungsklage gegen das BKA-Gesetz schreibt.

Niemand darf wissen, was auf diesen Sperrlisten steht. Jeder von uns könnte also beim ziellosen Internet-Surfen, beim Anklicken eines launigen Links in einer E-Mail, unbeabsichtigt auf einer Stoppseite landen. Und nun sage niemand „na und“, denn die Perfidie geht weiter: Während Frau von der Leyen bei ihrem Propagandafeldzug durch Redaktionen und Rundfunkanstalten bislang darauf beharrte, dass zufällige Aufrufe nicht protokolliert würden, klingt das neuerdings aus dem Justizministerium ganz anders. Dessen Pressesprecher Ulrich Staudigl erklärte jüngst [gegenüber heise online](#), dass sehr wohl eine Echtzeitprotokollierung des Datenverkehrs an den Stoppseiten geplant sei und *jeder Nutzer, der eine solche Seite aufrufe, mit Strafverfolgung zu rechnen habe*.

Klartext: Sobald diese Vereinbarungen und Gesetze in Kraft sind, stehen wir alle beim ganz normalen Surfen mit einem Bein im Gefängnis. Und Unschuldsvermutung hin oder her: Wenn Ihr Nachbar aufschnappt, dass bei Ihnen eine Hausdurchsuchung wegen des Verdachts auf Konsum von Kinderpornografie stattgefunden hat, können Sie vermutlich nur noch ganz weit wegziehen ...

Was man nicht sieht, das gibt es nicht. Oder doch?

Und bei alledem sollte nicht vergessen werden: Die möglicherweise² zu Recht anstößige Webseite ist zwar nicht mehr auf Anhieb sichtbar; sie ist aber nach wie vor online und kann von jedem Interessierten problemlos aufgerufen werden. Ich habe das vor einigen Monaten [hier](#) als den Versuch beschrieben, einen Exhibitionisten im Stadtpark nicht etwa festzunehmen, sondern mit einem Paravent zu umstellen.

Erfahrungen mit Sperrlisten in anderen Ländern zeigen zudem, dass auf solchen Listen längst nicht nur kinderpornografische Websites zu finden sind. [Hier](#) ist etwa eine auf verschlungenen Wegen veröffentlichte skandinavische Liste verlinkt, die nur *zu rund einem Prozent* echte Kinderpornografie umfassen soll, welche zudem mehrheitlich auf Servern in Europa und den USA liegt, wo man sie problemlos binnen Minuten vom Netz nehmen könnte, statt sie bloß zu verhüllen. Genau das ist übrigens eine Hauptforderung der Gegner von Netzsperrn: **Nicht bloß wegsehen, sondern Inhalte vom Netz nehmen und die Urheber verfolgen!** Diesbezüglich sind wir deutlich rigoroser als die Politik, und deshalb sind die Vorwürfe aus den Reihen der Regierung, Sperrkritiker sympathisierten mit Kinderschändern, vollkommen aus der Luft gegriffen. Ist es im Gegenteil nicht sogar strafvereitelnd, wenn die Urheber krimineller Websites durch eine Stoppseite vorgewarnt werden, dass sie möglicherweise demnächst mit Strafverfolgung zu rechnen haben?

Wohin der Hase läuft, zeigen auch [Forderungen](#) diverser Politiker, solche Sperrseiten nicht nur gegen Kinderpornografie, sondern beispielsweise auch gegen ausländische Glücksspielseiten einzusetzen. Wir müssen also davon ausgehen: Sobald diese Infrastruktur existiert, wird sie gegen die unterschiedlichsten missliebigen Dinge zum Einsatz kommen. Damit jedoch sind wir im Bereich lupenreiner, keiner Kontrolle unterworfenen Zensur, die allerdings laut Artikel 5 GG nur unter allerstrengsten Vorbehalten zulässig ist.

2 bedenken Sie, dass wir nicht das Recht haben, das zu prüfen.

Doch selbst wenn wir wider jeglichen Verstand davon ausgehen wollen, dass diese Filterlisten für die DNS-Server auf kinderpornografische Websites begrenzt bleiben, so ist es doch eine Sache von Sekunden, diese DNS-Sperren zu umgehen. Eine Anleitung dazu gibt es unter anderem [hier](#). *Und diese Möglichkeit sollten Sie nutzen.* Nicht um Webseiten mit verbotenen Inhalten aufrufen zu können – das wäre berechtigterweise strafbewehrt –, sondern um sich selbst vor dem Risiko zu schützen, ungewollt eine Stoppsite aufzurufen und dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Aber worum geht es denn nun?

Fassen wir zusammen: Als Sperren gegen Kinderpornografie sind DNS-Filter sinnlos. Es ist wirklich so simpel. Wozu also sind sie gut?

Wenn man sie nicht einfach als wohlfeilen Wahlkampf-Aktionismus abtun möchte, sind sie nur so zu erklären, dass hier ein Klima erzeugt werden soll, in dem technische Zensurmaßnahmen gegen das Internet gesellschaftlich weitestgehend akzeptabel erscheinen. Und die für jeden Interessierten offensichtliche Sinnlosigkeit von DNS-Filtern sollten wir uns als Nebelkerze vorstellen: Sie suggeriert, dass man *politisch* nichts gegen die Filterung unternehmen muss, weil sie so einfach *technisch* zu umgehen ist. Im nächsten Schritt werden wir technisch wirksame Zensur erleben, und wenn sich daraufhin Opposition regt, wird es heißen: Na und, letztes Mal hat doch auch keiner gemeckert?

Wir müssen diese Maßnahmen im Zusammenhang sehen: Die [Vorratsdatenspeicherung](#), das BKA-Gesetz, die EU-[Telecoms Packages](#), die DNS-Sperren – all das stellt unbescholtene Bürger unter Generalverdacht, erzeugt ein Klima der Angst und beschneidet Freiheiten im Namen imaginärer Sicherheit. Nichts von alledem wird der Kinderpornografie oder sonstiger Kriminalität das Wasser abgraben, aber kritischen Bürgern wird dadurch vermittelt, dass sie besser den Mund halten sollten.

WWW, E-Mail und Co. ermöglichen fraglos neue Dimensionen der Kriminalität, denen Strafverfolgungsbehörden adäquat begegnen können müssen. Aber sie ermöglichen auch neue Dimensionen der unabhängigen Information, der Vernetzung und der Meinungsbildung; sie sind im besten Sinne basisdemokratisch, indem sie jeder neuen, unkonventionellen, unbequemen Idee zunächst einmal dieselbe Chance geben, sich in Windeseile im ganzen Land und darüber hinaus zu verbreiten. Und ich wage zu behaupten: Wenn sie an die letztgenannten Möglichkeiten denkt, dann geht, verzeihen Sie mir die Wortwahl, unserer derzeit herrschenden Klasse der Arsch auf Grundeis. Oder eleganter:

„Die utopischen Visionen des Netzes basieren, genau wie das Grundgesetz, auf einem Misstrauen der Bürger gegenüber dem Staat. Die dystopischen dagegen auf einem Misstrauen des Staates gegenüber den Bürgern. Welche Vision sich durchsetzen wird, ist noch nicht entschieden.“

Ralf Bendrath, [Kampf der Kulturen](#)

In ihren Bemühungen, ihr Elfenbeintürmchen gegen unerwünschte Partizipation des Wahlvolks abzuschotten, erhält die Politik überdies Schützenhilfe von Interessengruppen etwa aus der Musik- und Filmindustrie, die sich von einer wirksamen Zensur-Infrastruktur Schutz für ihre überkommenen Geschäftsmodelle erhoffen. Diese Zusammenhänge auszuführen würde allerdings den Rahmen dieses Dokuments sprengen; Hintergrundinformationen zu diesem Themenkomplex finden Sie beispielsweise bei [netzpolitik.org](#) oder in Cory Doctorows frei verfügbarer Essaysammlung [Content](#).

Und nun?

Aufklärung tut Not. Informieren Sie Ihren Freundeskreis, was es mit der ach so nützlichen Internet-Filterung auf sich hat und was auf dem Spiel steht: Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie das vielleicht wichtigste, sicherlich aber demokratischste Medium des 21. Jahrhunderts zu einem schäbigen Outlet konsensfähiger Wischiwaschi-Meinungen heruntergewirtschaftet und jeder Kritiker dieser Tendenzen pauschal kriminalisiert wird.

Auch politischer Gegenwind gegen solcherlei repressive Maßnahmen ist unumgänglich. Beispielsweise können Sie noch bis 16. Juni 09 [hier eine entsprechende Petition mitzeichnen](#). Kontaktieren Sie auch Ihre Wahlkreisabgeordneten und -kandidaten, fragen Sie sie nach ihrer Haltung zur Informations- und Meinungsfreiheit. Möglicherweise werden Sie schon bei [Abgeordnetenwatch](#) fündig; auch dort können kritische Fragen gestellt werden. Geben Sie Ihren Kandidaten zu verstehen, dass Sie nicht gewillt sind, Ihre bürgerlichen Freiheiten beschneiden zu lassen. Gehen Sie wählen, und wählen Sie solche Personen und Parteien, die der Demokratie freundlich gesonnen sind.

Danke.

Autor: Christian Wöhrl, Hoisdorf

<http://cwoehrl.de>

chw@wort-und-satz.de

PGP: 0x3e4f310497fe2c8f ([Info zu Verschlüsselung](#))

Ursprungsdatei: <http://cwoehrl.de/files/netzzensur.pdf>

Letzte Bearbeitung: **15.07.09**

Dieses Dokument darf in elektronischer oder gedruckter Form zu nicht-kommerziellen Zwecken bei Urhebernennung vervielfältigt und verbreitet werden; keine Bearbeitungen ohne vorherige individuelle Rücksprache bitte!

Creative-Commons-Lizenz: [CC by-nc-nd/3.0/DE](#)

Benutzte Quellen, nach Verwendung im Text sortiert:

<http://www.lawblog.de/index.php/archives/2009/03/25/die-legende-von-der-kinderpornoindustrie/>

<http://providerzensur.de/>

<http://www.zeit.de/2009/18/BKA-Gesetz?page=all>

<http://www.heise.de/newsticker/Kinderporno-Sperren-Regierung-erwaegt-Echtzeitueberwachung-der-Stoppchild-Zugriffe--/meldung/136769>

<http://achnichts.wordpress.com/2009/06/05/schone-aussichten/>

<http://netzpolitik.org/2009/schwedische-filterliste>

<http://www.thomasmoehle.de/zensur/index.php/Argumente#Begehrlichkeiten>

<http://www.ccc.de/censorship/dns-howto/>

<http://www.vorratsdatenspeicherung.de/>

<http://www.blackouteurope.eu/lang/deutsch/main.html>

<http://www.zeit.de/online/2009/18/internet-sperren-kulturkampf?page=all>

<http://netzpolitik.org/category/urheberrecht>

<http://craphound.com/content/download>

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860>

<http://www.abgeordnetenwatch.de>

<http://achnichts.wordpress.com/2009/06/05/die-definition-von-normal-andern/>

Nachwort

Juli 2009

Als im März/April dieses Jahres die erste Fassung dieses Dokuments entstand, war Netzzensur ein Nischenthema. Drei Monate später ist es im Mainstream angekommen: Die Petition gegen das Sperrgesetz wurde online von über 134.000 Menschen gezeichnet, die Diskussion über Mittel, Wege und Verhältnismäßigkeit im Umgang mit kriminellen Internet-Inhalten hat sich aus den Blogs in die Massenmedien verlagert. Doch die Legislative erwies sich als vollständig immun gegen rationale Argumentation, gegen die wiederholt erbrachten [Beweise](#), dass das schnelle, unbürokratische Entfernen kinderpornografischer Websites entgegen den Darstellungen der Bundesregierung sehr wohl möglich ist, und gegen die zahlreichen Manifestationen des Bürgerwillens: Am 18. Juni wurde unter formal zweifelhaften Bedingungen ein marginal modifiziertes Gesetz im Deutschen Bundestag [durchgewinkt](#), wenige Wochen später nahm sich der Bundesrat geschlagene dreieinhalb Minuten Zeit, das schändliche Machwerk zu [bestätigen](#).

Mitte Juli steht nun also nur noch die [Zustimmung des Bundespräsidenten](#) aus, bevor das Gesetz in Kraft treten kann – zumindest bis zum Ergebnis der Verfassungsklage. Unter fadenscheinigen Vorwänden wird es die jahrzehntelang bewährte Gewaltenteilung aushebeln und zur Errichtung von Infrastrukturen führen, deren Sinn und Zweck landläufig als Zensur bezeichnet wird. An der Darstellung sexueller Gewalt gegen Kinder und an deren Distribution wird sich dadurch, so viel ist absehbar, nichts Wesentliches ändern, an den Gewaltakten selbst ohnehin nicht. Der unerklärte Feind dieser Gesetzgebung sind einmal mehr allgemeine Freiheits- und Bürgerrechte, die von zu vielen interessierten Gruppen im Lande offensichtlich als Bedrohung empfunden werden.

Und deshalb ist unser Widerstand hier nicht zu Ende; er hat gerade erst begonnen. Nicht weil es so viel Spaß macht, beileibe nicht. Denn es ist ein ungleicher, schmutziger Kampf gegen Lügen, Manipulation und Propaganda. Aber es ist ein wichtiger Kampf. Wenn nicht für uns selbst, dann für unsere Kinder, die ein Recht darauf haben, [in Freiheit aufzuwachsen](#).

Wenn Sie über die weitere Entwicklung in Sachen Netzzensur auf dem Laufenden bleiben oder sich möglicherweise selbst engagieren möchten, dann schauen Sie doch mal beim [Arbeitskreis gegen Internetsperren und Zensur](#) vorbei. Informieren Sie sich, lassen Sie sich nicht mit plakativen Statistiken und allzu einfachen Antworten abspeisen. Zeigen Sie Flagge, zum Beispiel [am 12. September in Berlin](#). Bleiben Sie [wachsam](#)!

Quellen im Nachwort:

<http://ak-zensur.de/2009/05/loeschen-funktioniert.html>

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=298564.html>

<http://netzpolitik.org/2009/gesetz-zu-web-sperren-passiert-den-bundesrat/>

<http://ak-zensur.de/2009/07/brief-bundespraesident.html>

<http://achnichts.wordpress.com/2009/07/17/von-abstand-und-antrieb/>

<http://ak-zensur.de>

<http://www.freiheitstattangst.de/>

<http://www.youtube.com/watch?v=BU9w9ZtiO8I>